

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Gesundheitspolitik

Nr. 154/10 vom 11. Mai 2010

Ursula Sassen: Mehr Spielraum für eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung in Schleswig-Holstein

Die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Ursula Sassen, begrüßt die Absicht des Gesundheitsministers Dr. Heiner Garg, neue Arztpraxen zielgenauer anzusiedeln.

„Ich freue mich, dass Minister Garg die Bemühungen der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein (KVSH) um eine kleinräumige Bedarfsplanung unterstützt, und dafür auch auf Bundesebene „grünes Licht“ signalisiert wurde“, erklärte Sassen in Kiel.

Seit langem hat sich die CDU-Politikerin dafür eingesetzt, dem Ärztemangel auf dem Land wirkungsvoll zu begegnen, und hat für die Mai-Sitzung des Landtages einen Bericht der Landesregierung angefordert, der Lösungsansätze aufzeigen möge, wie dies erreicht werden könne.

Das Flächenland Schleswig-Holstein unterscheide sich in den Versorgungsstrukturen wesentlich von anderen Bundesländern, so dass es vernünftig sei, den Ländern mehr Mitsprache zu gewähren. Der Gesetzgeber habe den Krankenhäusern die Möglichkeit eröffnet, in größerem Maße ambulant tätig zu werden.

„Dies ist vom Ansatz her zu begrüßen, darf aber nicht dazu führen, dass ein Verdrängungswettbewerb zu Lasten der niedergelassenen Ärzte stattfindet“,

so Sassen. Daher hätten CDU und FDP einen Antrag eingebracht mit dem Ziel, dass sich Kliniken und niedergelassenen Ärzte nicht als Konkurrenten, sondern als Partner auf Augenhöhe begegnen.

„Die Länder brauchen mehr Spielraum, um eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung mit ihren Kooperationspartnern sicherstellen zu können“, fordert Sassen.

„Nordfriesland hat mit seinem kürzlich vorgestellten Konzept gegen den Ärztemangel deutlich gemacht, dass man keine Zeit verlieren möchte, bis es zu günstigeren bundes- und landespolitischen Entscheidungen kommt, sondern selbst aktiv werden will, Kräfte bündelt und Partner mit ins Boot holt. Das ist der richtige Weg. Der Vorstoß von Minister Garg geht auch in diese Richtung und stützt damit die nordfriesische Initiative,“ so Sassen abschließend.